

Das Präsidium des Oberrheinrats bedauert den Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU

Der schweizerisch-deutsch-französische Oberrheinrat setzt sich seit seiner Gründung im Dezember 1997 für die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der trinationalen Region ein. Hierzu gehört vor allem die Überwindung grenzbedingter Hindernisse, mit dem Ziel den grenzüberschreitenden Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner im Dreiland zu erleichtern. Der Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ist für das Präsidium des Oberrheinrats bestehend aus Dr. Christian von Wartburg (Basel-Stadt), Theo Kautzmann (Landau i.d.Pf.), Claudine Ganter (Région Grand Est) und Josha Frey (Landtag Baden-Württemberg) daher kein positives Signal für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein.

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit macht Europa lebendig. Für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU hätte der erfolgreiche Abschluss eines Rahmenabkommens unbestreitbar einen sehr wichtigen Beitrag geleistet. Dies betrifft ganz besonders die Kantone der Nordwestschweiz mit ihren engen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verbindungen über die Landesgrenzen hinweg.



„Wir im Oberrheinrat sehen in unserer täglichen Arbeit, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit das Gemeinwohl vergrößern kann und dass langfristig alle profitieren. Gefragt ist, gerade in den europäischen Grenzregionen, immer wieder eine gesamteuropäische und nicht nur eine nationale Sicht. Der Abbruch der Verhandlungen ist vor diesem Hintergrund für unsere Region am Oberrhein kein gutes Zeichen und ich persönlich bedaure diesen sehr.“

Dr. Christian von Wartburg, Präsident des Oberrheinrats 2021

Mittelfristig wird voraussichtlich der wirtschaftliche Bereich besonders unter dem Abbruch leiden, etwa wenn Produktstandards nicht mehr gegenseitig anerkannt und Exporte somit erschwert würden. In der Folge könnte auch die Attraktivität des Arbeitsmarkts in den Grenzkantonen insbesondere für große Unternehmen abnehmen. Dies hätte auch mit Blick auf die ca. 70.000 badischen und elsässischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die täglich in die Nordwestschweiz pendeln, negative Folgen für die gesamte Grenzregion.

Es gilt nun Schadensbegrenzung zu betreiben und den Nachbarinnen und Nachbarn zu zeigen, dass der grenzüberschreitende Austausch für die Nordwestschweiz nach wie vor von höchster Bedeutung ist. Nun bleibt zu hoffen, dass bald wieder das gemeinsame Gespräch zwischen der Schweiz und der EU gesucht wird, um die beidseitigen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte nicht zu gefährden.

Weitere Informationen

Dr. Christian von Wartburg: +41 79 252 64 81 / vonwartburg@svwam.ch

Ständiges Sekretariat des Oberrheinrats: +49 (0) 7851 7407 42 / info@oberrheinrat.org

Die Kooperation am Oberrhein – kurz erklärt



Keine andere europäische Region arbeitet grenzüberschreitend so eng und erfolgreich zusammen wie die Trinationale Metropolregion Oberrhein. Die Teilregionen Elsass, Baden, Südpfalz und Nordwestschweiz mit ihren 6 Mio. Einwohnern fügen sich zu einem gemeinsamen Kultur-, Lebens- und Wirtschaftsraum zusammen. Viele private und staatliche Initiativen fördern u.a. Mobilität, Bildung, Forschung und Umweltschutz in der Dreiländerregion.

Gestaltet und begleitet wird die Kooperation von der Oberrheinkonferenz und dem Oberrheinrat. Die Oberrheinkonferenz verbindet die Regierungs- und Verwaltungsbehörden. Sie initiiert eine Vielzahl von Projekten und forciert deren Umsetzung. Der Oberrheinrat bildet die Versammlung der politisch Gewählten; er nimmt zu wichtigen regionalen Fragen Stellung, auch gegenüber Brüssel, Paris, Berlin und Bern.